

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	580
		<b>TOP:</b>	5
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	06.12.2016		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Dr. Schairer		
<b>Berichterstattung:</b>	der Vorsitzende, Herr Elser, Frau Scherz (beide AföO), BV Möhrle (West)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Westhaus-Gloël / fr		
<b>Betreff:</b>	<b>Erfahrungsbericht im Parkraummanagement Stuttgart-West gemäß GRDRs 487/2015; u. a. Folgen der reduzierten Stellenausstattung bei der Verkehrsüberwachung - mündlicher Bericht -</b>		

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 22.11.2016, öffentlich, Nr. 548a

Ergebnis: Zurückstellung

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier- form angehängt.

Zu Beginn bemerkt BM Dr. Schairer, bei der Einführung des Parkraummanagements West am 01.03.2011 sei deutlich gemacht worden, dass die Funktionalität nur durch eine regelmäßige und konsequente Überwachung gewährleistet werden könne. In der GRDRs 604/2013 seien im Ausschuss für Umwelt und Technik am 16.07.2013 die posi- tiven Wirkungen des Parkraummanagements dargestellt worden. Im Rahmen der Budgetgespräche zum Doppelhaushalt 2016/2017 im April 2015 habe sich das zustän- dige Referat aufgrund rückläufiger Fallzahlen bei den Parkraumverstößen der Bitte nicht verschlossen, 4 Stellen aus der Verkehrsüberwachung im Westen ab Januar 2016 ab- zuziehen und in die Umsetzung der weiteren Stufen des Parkraummanagements einzu- bringen. Dies sei allerdings unter der Voraussetzung erfolgt, dass im Gebiet die ver-

kehrliche Wirkung einer Reduzierung um 4 Überwachungskräfte erprobt werde. Das Referat habe die Reduzierung sozusagen als Versuch angesehen. BV Möhrle habe bereits am 30.03.2016 in einem Brief auf negative Auswirkungen im Straßenraum hingewiesen. Nachdem die Verwaltung die Situation geprüft habe, werde nun in einem Bericht des Amts für öffentliche Ordnung dargelegt, wie die verkehrliche Situation mit reduzierter Stellenausstattung bei der Verkehrsüberwachung im Westen aussieht.

Frau Scherz, Leiterin der Abteilung Straßenverkehr, berichtet im Sinne der Präsentation zunächst über die Grundlagen der Stellenausstattung bei der Verkehrsüberwachung im Parkraummanagement. Sie erläutert, wie die Verkehrsüberwachung organisiert wird und welche Rundgänge und Sonderschichten geleistet werden können. Mit der reduzierten Stellenausstattung müsse man sich auf Kernthemen konzentrieren, auf brisante Bereiche und Beschwerdelagen. In den Seitenflächen könne die Verkehrsüberwachung nicht mehr präsent sein. Durchaus festzustellen sei, dass das Gehwegparken und das Parken in zweiter Reihe wieder zugenommen haben. Dies werde durch das Schreiben von BV Möhrle bestätigt.

Die beobachtete Situationsveränderung zeige sich nicht in gleicher Weise bei der wirtschaftlichen Betrachtung. Bei der Anzahl der Verwarnungen gebe es einen Rückgang um etwa 10 %, bei dem Rechnungsergebnis der Bußgelder sei im Jahr 2016 vermutlich mit einem Rückgang um rund 80.000 € zu rechnen. Das Tiefbauamt habe bei der Bedienungshäufigkeit der Parkscheinautomaten nur einen Rückgang um 3 % feststellen können. Die Einnahmen in diesem Bereich könnten wegen einer Gebührenerhöhung im Oktober 2015 nicht 1:1 mit dem Vorjahr verglichen werden. Als Tendenz sei eine signifikante Verringerung aber nicht festzustellen.

Stark zugenommen hätten seit der Stellenreduzierung bei der Verkehrsüberwachung die Beschwerden aus der Bevölkerung. Aus Sicht der Verwaltung sei das Ende der Entwicklung auch noch nicht erreicht. Frau Scherz dokumentiert anhand von Fotos, wie sich die Situation vor Ort durch illegales Parken verschlechtert hat durch zugeparkte Bushaltestellen, Fußgängerüberwege und Radwege. Der Abzug der 4 Stellen gehe eindeutig zulasten der flächenhaften Überwachung, was sich im Verhalten der Autofahrer niederschlage. Abschließend wolle sie darauf hinweisen, dass aus Sicht der Verwaltung eine qualitätssichernde Verkehrsüberwachung nicht kostendeckend möglich sei und dass die vorliegenden Ergebnisse nicht einfach übertragbar seien. Bei jeder neuen Parkraumzone werde die Anzahl der Verkehrsüberwacher der speziellen Situation entsprechend kalkuliert.

Der Bericht entspreche den Rückmeldungen, die seine Fraktion von politischen Vertretern und von Anwohnern aus dem Stuttgarter Westen erhalten habe, stellt StR Hill (CDU) fest. Nach einer deutlichen Verbesserung nach Einführung des Parkraummanagements habe sich die Situation wieder verschlechtert. Da die Stellenreduzierung auf Vorschlag der Verwaltung erfolgt sei, sehe er auch in erster Linie die Verwaltung in der Pflicht zu reagieren. Die Politik sei zur Unterstützung bereit, denn so wie jetzt könne es nicht bleiben. Neben einer Korrektur bei den Stellen der Verkehrsüberwachung dürfe man aber nicht die wichtige Aufgabe aus dem Blick verlieren, vor allem in der Umgebung des Bismarckplatzes für zusätzlichen Parkraum zu sorgen.

Im Grunde habe sich gezeigt, dass das Parkraummanagement einen sehr positiven Effekt habe, bemerkt StR Peterhoff (90/GRÜNE). Mit der Wegnahme der Stellen habe sich die Situation wieder verschlechtert, was sehr ärgerlich sei, auch weil es Stress bei

den Anwohnern erzeuge. Seine Fraktion erwarte, dass zu den nächsten Haushaltsberatungen ein Vorschlag gemacht wird, wie man korrigierend eingreifen kann. Durch Sparen an der falschen Stelle dürfe das Parkraummanagement nicht gefährdet werden. Er frage sich, ob die vorgezogene Umsetzung beim Parkraummanagement mit zu der Situation geführt habe, und ob in der 3. Umsetzungsstufe eine Korrektur möglich sei.

StR Körner (SPD) betont, selbst wenn die Entwicklung noch nicht ganz abschließend beurteilt werden könne, gehe seine Fraktion davon aus, dass die Verwaltung zum Doppelhaushalt 2018/2019 einen Stellenplanvorschlag macht. Der Stadtrat erkundigt sich nach dem Kostendeckungsgrad in der Verkehrsüberwachung und möchte wissen, ob nach einer Stellenausschreibung genügend Bewerberinnen und Bewerber auch eingestellt werden können.

StR Pantisano (SÖS-LINKE-PluS) fragt nach, warum die 4 Stellen abgezogen worden sind und spricht sich für Ordnungsmaßnahmen und die Finanzierung der notwendigen Stellen aus. Anders könne der öffentliche Raum, der gerade im dicht besiedelten Stuttgarter Westen eine wichtige Rolle für die Lebensqualität habe, nicht geschützt werden.

Die Lebensqualität werde auch dadurch eingeschränkt, wenn man stundenlang einen Parkplatz suchen müsse, entgegnet StR Klingler (AfD). Er schlägt vor, andernorts, zum Beispiel im Stuttgarter Norden, Kontrolleure in der Verkehrsüberwachung abzuziehen und im Stuttgarter Westen einzusetzen. Verwundert äußert er sich darüber, dass die Verkehrsüberwachung nicht kostendeckend arbeitet. Ohne zusätzliche Parkplätze werde das Parkraummanagement nicht funktionieren können.

Einen der Gründe für das Ansteigen der Parkverstöße im Stuttgarter Westen sieht StR Conz (FDP) in der "Abhärtung" der Anwohner, die zunehmend die Verwarnungsgelder in Kauf nähmen, weil sie keine andere Möglichkeit hätten, ihr Auto abzustellen. Dagegen helfe nur, das Angebot an Parkflächen zu erhöhen. Dafür gebe es derzeit aber keine Mehrheit im Gemeinderat.

StR Dr. Schertlen (STd) fragt nach, warum in Stuttgart zum Abschleppen von parkenden Autos aus der Brandschutzzone 90 Minuten gebraucht würden, während das in anderen Städte in nur 45 Minuten möglich sei.

BV Möhrle erinnert daran, dass die Einführung des Parkraummanagements den Parkdruck tatsächlich reduziert hat. Ein weiteres positives Ergebnis sei der deutliche Rückgang beim verkehrsgefährdenden Falschparken gewesen. Die nun eingetretene Verschlechterung der Situation "brenne dem Stuttgarter Westen auf den Nägeln". Die Gewährleistung der Verkehrssicherheit sei eine Pflichtaufgabe der Stadt, könne allerdings nicht ganz kostendeckend erbracht werden. Umso mehr freue ihn, dass von den großen Fraktionen so viel Rückhalt gekommen sei, den Personalschlüssel längerfristig wieder zu korrigieren.

BM Dr. Schairer erläutert, mit der Stellenreduzierung bei der Verkehrsüberwachung habe die Verwaltung auf die Abnahme bei den Verstößen sowohl bei den Parkscheinautomaten als auch beim illegalen Parken reagieren wollen, auch weil die Kostendeckung nicht mehr gegeben gewesen sei. Überraschend sei, dass sich nach der Stellenreduzierung bei den Parkautomaten kaum Veränderungen ergeben haben. Das illegale Parken habe aber wieder massiv zugenommen. Damit würden die Fragen der Sicherheit, aber in gewisser Weise auch die Philosophie des Parkraummanagements zur Diskussion

stehen. Eine Verhaltensänderung erreiche man in diesen Bereichen nur mit einem gewissen Druck. Im weiteren Vorgehen werde die Situation noch weiter ausgewertet, innerhalb der Verwaltung diskutiert und rechtzeitig zur Beratung über die Stellen ein Vorschlag der Verwaltung vorgelegt.

Frau Scherz stellt klar, dass, was die Kostendeckung angeht, verschiedene Ämter und Etats eine Rolle spielen. Dem Amt für öffentliche Ordnung seien die Gehälter für die Verkehrsüberwachung und die Bußgelder zugeordnet, dem Tiefbauamt die Parkscheinautomaten, die auch wiederum Kosten bedingen. Ihre Aussagen seien ausschließlich auf die Verkehrsüberwacher als solche bezogen und auf das, was sie an Geld generieren können.

Herr Elser, Leiter der Dienststelle Verkehrsüberwachung, verweist ergänzend auf die Kosten- und Leistungsrechnung. Jede Verwarnung, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verkehrsüberwachung auf der Straße erteilt werde, müsse weiter bearbeitet werden. Auch die Personalkosten auf der Bußgeldstelle und in der Beitreibung würden anteilig durch die Arbeit der Verkehrsüberwachung mit bezahlt. Eine alleinige Betrachtung der Personalkosten direkt bei der Verkehrsüberwachung führe daher nicht weiter. Die Kostendeckung sei in verschiedenen Bereichen auch sehr unterschiedlich. Personal könne nicht einfach verschoben werden, weil zum einen die Verwaltung den Auftrag habe, jeden Bereich des Parkraummanagements effizient durchzuführen, was bedeute, dass für jeden Bereich genau die zugeteilten Personen einzusetzen sind, und zum anderen, weil das logischerweise in anderen Bereichen wieder zu einem gewissen Überwachungsdefizit mit den entsprechenden Auswirkungen führe.

Bewerberinnen und Bewerber für die Verkehrsüberwachung müssten eine abgeschlossene Berufsausbildung haben und im Besitz einer Fahrerlaubnis sein, fährt Herr Elser fort. Alle darüber hinaus notwendigen Fähigkeiten würden in einer sechs Monate dauernden Einarbeitungsphase vermittelt. Das Wichtigste für den Umgang auf der Straße seien soziale Kompetenzen. Seit knapp 2 Jahren habe man mit einem neuen Programm "50 plus" insbesondere für Menschen, die mit über 50 keine Tätigkeit zum Beispiel in der Wirtschaft mehr finden, sehr gute Erfahrungen gemacht. Dennoch habe man seit längerem eine Vakanz von 10 - 15 Stellen, die man natürlich immer so schnell wie möglich auszugleichen versuche. Abschließend teilt Herr Elser mit, nachdem die Anzahl der Verwarnungen pro Mitarbeiter von 8.000 zu Beginn des Parkraummanagements auf 6.000 gesunken sei, auch ein Erfolg der Überwachung, habe das Referat Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen aufgrund der sinkenden Einnahmen für die Stadtkasse den Vorschlag einer Stellenreduzierung gemacht.

Was die Frage von StR Dr. Schertlen zum Thema Abschleppen angehe, darauf weist wiederum Frau Scherz hin, sei ein Bericht in Vorbereitung.

StR Hill schlägt vor, aus weniger stressbehafteten Gebieten des Parkraummanagements Personal abzuziehen und im Westen einzusetzen, damit sich die Situation dort nicht noch weiter verschärfe, bis zusätzliches Personal nach den Haushaltsberatungen in frühestens eineinhalb Jahren zur Verfügung stehe.

Anstatt an anderer Stelle Überwachungslücken zu erzeugen, solle das Augenmerk lieber auf die Besetzung der vakanten Stellen gelegt werden, betont StR Körner.

Mit der Zustimmung zur Reduzierung der 4 Stellen sei ja der Versuch verbunden festzustellen, wie weit man mit diesem System komme, stellt Frau Scherz fest. Mitten in diesem Testlauf die Lücke wieder zu stopfen mache ebenso wenig Sinn, wie anderswo Lücken zu reißen. Es fehle auch schlichtweg an Personal. Das, was heute diskutiert worden sei, werde man aber mitnehmen für die Überlegungen zum weiteren Vorgehen.

Er stimme StR Hill dahingehend zu, dass man der Situation im Stuttgarter Westen nicht mehr allzu lange zuschauen könne, fügt BM Dr. Schairer abschließend hinzu. Zum einen brauche man wieder die 4 Stellen, zum anderen müsse man kurz- und mittelfristig reagieren.

Zur Beurkundung

Westhaus-Gloël / fr

## Verteiler:

- I. Referat SOS  
zur Weiterbehandlung  
Amt für öffentliche Ordnung
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. Referat AKR  
Haupt- und Personalamt
  3. Referat StU  
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (3)
  4. Referat T  
Tiefbauamt (2)
  5. BV West
  6. GPR (2)
  7. Rechnungsprüfungsamt
  8. Stadtkämmerei (2)
  9. L/OB-K
  10. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. AfD-Fraktion
  7. Gruppierung FDP
  8. Die STAdTISTEN